



UNIVERSITÉ
DE LORRAINE



RUF NACH PAPIEREN FÜR DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE SUMMER-SCHOOL

IN ÖFFENTLICHEN FINANZEN FÜR NACHWUCHSFORSCHER

**23.-25. Juni 2021
in Metz**

RUF NACH PAPIEREN FÜR DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE SUMMER-SCHOOL

IN ÖFFENTLICHEN FINANZEN FÜR NACHWUCHSFORSCHER

Jun.-Prof. Dr. A. Dort und Jun.-Prof. Dr. J. Germain (IRENEE, Universität Lothringen), Prof. Dr. Ch. Gröpl (Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, deutsches und europäisches Finanz- und Steuerrecht, Universität des Saarlandes) und Dr. F. Allemant (Scientific coordinator and manager of the RESuME project, Universität Luxembourg) organisieren vom 23. bis 25. Juni 2021 in Metz den ersten deutsch-französischen Kongress für junge Forscher und Doktoranden im Bereich der öffentlichen Finanzen mit Unterstützung der Französischen Gesellschaft für öffentliche Finanzen, der Juristischen Fakultät von Metz, der Region Grand-Est und der Deutsch-Französischen Hochschule.

Ziel dieses Kongresses ist es, den Dialog zwischen deutsch- und französischsprachigen Fachleuten im Bereich öffentlicher Finanzen zu intensivieren. Dabei sind Fachleute aus allen Disziplinen, die sich mit öffentlichen Finanzen beschäftigen (Recht, Wirtschaft, Politikwissenschaft und Geschichte) herzlich willkommen.

Englisch, Deutsch und Französisch können in den Diskussionen verwendet werden.

Im Rahmen dieser Sommerschool werden Workshops in verschiedenen Bereichen öffentlicher Finanzen angeboten. Diese bieten die Möglichkeit die sich aktuell aus der Gesundheits- und Wirtschaftskrise ergebenden Fragen im Dialog zu erörtern.

In jedem Workshop können dabei mehrere französisch- und deutschsprachige Nachwuchswissenschaftler Beiträge zu einem Thema (auch nicht vergleichend) ihrer Wahl präsentieren.

Diese werden im Anschluss an die Summerschool Gegenstand einer gesonderten Veröffentlichung sein.

Interessierte Nachwuchswissenschaftler können einen kurzen Entwurf ihres jeweiligen Beitrags einsenden, indem sie sich direkt unter folgender Adresse an die Organisatoren wenden: tablerondeirenee@gmail.com. Einsendeschluss ist der 28. Februar 2021. (Vorschläge für etwaige Beiträge dürfen eine Seite nicht überschreiten).

RUF NACH PAPIEREN FÜR DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE SUMMER-SCHOOL

IN ÖFFENTLICHEN FINANZEN FÜR NACHWUCHSFORSCHER

Workshop 1: Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und Staatsverschuldung

Der massive Rückgriff auf die Staatsverschuldung und die Einführung einer gemeinsamen europäischen Verschuldung zur Unterstützung unserer von der Pandemie schwer betroffenen Volkswirtschaften haben die Debatte über die Schaffung einer integrierten Wirtschaftsregierung wiederbelebt und die Diskussion über die Befugnisse der Europäischen Zentralbank intensiviert (Grenzen der Wirtschafts- und Geldpolitik, Möglichkeiten, Modalitäten und Methoden zur Beseitigung oder Umstrukturierung öffentlicher Schulden usw.). Dieser Workshop ermöglicht französischen und deutschen Fachleuten einen Austausch hinsichtlich aktueller Entwicklungen.

Workshop 2: Steuern und Krisen

Die finanziellen Folgen der Pandemie sind erheblich, denn sie bedeuten nicht nur einen deutlichen Anstieg der Ausgaben, sondern begründen auch ernste Gefahren für einen Zusammenbruch der Staats- und Sozialversicherungseinnahmen.

Die finanziellen Folgen der Gesundheitskrise und der Wirtschaftskrise, die mit ihr einhergeht, sind daher nicht zu unterschätzen, zumal der Staat sein Ziel der Steuersenkung bewahren will und die von den Unternehmen zu tragenden Zwangsabgaben möglichst gering halten möchte.

Dieser Workshop ermöglicht den Vergleich der Steuerpolitik, die von Frankreich und Deutschland verabschiedet wurde, um den finanziellen und wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise zu begegnen.

Workshop 3: Sozialfinanzierung und Gesundheitskrise

Die von den europäischen Regierungen getroffenen finanziellen Entscheidungen, einschließlich derer von Frankreich und Deutschland, zeigen sehr deutlich, dass die Gesundheit der Bürger Vorrang vor der Gesundheit der öffentlichen Finanzen hat.

Die Entwicklung der Gesundheitsausgaben spiegelt bisher den ständigen Drang nach Einsparungen wider. In Frankreich wurden die Einsparvorgaben nicht zurückgenommen. Auch kam es zu keiner Erhöhung des ONDAM (Ausgabenziel der nationalen Krankenversicherung) noch des Haushalts des Staates. Insoweit überwiegt am Ende vielleicht doch die Gesundheit der öffentlichen Finanzen die Gesundheit der Bürger.

Wird diese Gesundheitskrise einen neuen Weg aufzeigen?

Sind die diesbezüglich getroffenen Entscheidungen in Deutschland und Frankreich vergleichbar?

Workshop 4: Kommunale Finanzen: zwischen Krisenschwächung und Investitionsförderung

Die Pandemie hat durch den deutlichen Rückgang der konjunkturellen Entwicklung sowohl die Sozialausgaben der Kommunen erhöht als auch die Steuereinnahmen wegbrechen lassen, insbesondere diejenigen, die sich aus wirtschaftlicher Aktivität und Immobilientransaktionen speisen. In diesem Zusammenhang ist es für die Kommunen schwieriger, die Investitionsquote auf dem gewünschten Niveau zu halten. Sind die Schwierigkeiten in unseren beiden Ländern vergleichbar? Sind die auf beiden Seiten der Grenze gefundenen Lösungen auch für den Nachbar relevant?

Workshop 5: Europäische Finanzen in der Gesundheits- und Wirtschaftskrise

Die Gesundheitskrise ist nicht die erste Finanzkrise und die finanziellen Folgen des Brexit sind teilweise noch unbekannt. Vor diesem Hintergrund haben die 27 EU-Mitgliedstaaten zum ersten Mal den Rahmen für eine gemeinsame europäische Verschuldung geschaffen. Wie reagiert die Europäische Union auf die Herausforderungen, die sich aus den verschiedenen Krisen in den vergangenen zehn Jahren ergeben? Es ist daher interessant, die Positionierung der EU, aber auch Frankreichs und Deutschlands in Bezug auf die von der Europäischen Union getroffenen Entscheidungen aufmerksam zu beobachten.

Workshop 6: öffentliche Rechnungswesen in der Gesundheits- und Wirtschaftskrise

Inwieweit erschwert es die Gesundheitskrise, öffentliche Ausgaben und Einnahmen zu bewilligen und deren Bewirtschaftung zu überprüfen? Hat die Finanzaufsicht diese Umstände großzügig oder sparsam berücksichtigt? Hat die Krise bestimmte vor der Pandemie geplante Änderungen oder Reformen der öffentlichen Rechnungslegung beschleunigt oder verlangsamt?

Workshop 7: Zollrecht und Pandemie

Seit Beginn der Gesundheitskrise sind die Importe von Medizinprodukten, insbesondere von Masken, erheblich gestiegen und mittlerweile in sehr großer Zahl in den EU-Mitgliedstaaten angekommen. Die Zollbeamten sind vollständig mobilisiert, um die Abfertigung dieser Waren zu erleichtern und zu sichern. Es geht insbesondere darum, innerhalb kurzer Fristen, die mit der Dringlichkeit der Situation verbunden sind, einen massiven Versorgungsbedarf für medizinische Angelegenheiten sicherzustellen und gleichzeitig die Sicherheit, Qualität und Effizienz importierter Produkte zu gewährleisten. Ziel dieses Workshops ist es, die von Frankreich und Deutschland ergriffenen Maßnahmen im Hinblick auf die europäische und nationale Gesetzgebung zu vergleichen.

RUF NACH PAPIEREN FÜR DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE SUMMER-SCHOOL

IN ÖFFENTLICHEN FINANZEN FÜR NACHWUCHSFORSCHER

Workshop 8: Geschichte der öffentlichen Finanzen und der Staatsverschuldung

Dieser Workshop versucht, die Finanzgeschichte Frankreichs und Deutschlands zueinander in Beziehung zu setzen, um die Staatsverschuldung und die Haushaltsdefizite in unseren beiden Ländern besser zu verstehen. Lassen sich in diesem Bereich zwei Traditionen und zwei parallele Kulturen unterscheiden? Können die Wahrnehmungsunterschiede, wenn sie tatsächlich existieren, durch andere Faktoren erklärt werden, die historisch näher beieinander liegen?

Workshop 9: Theoretische Lehren aus der Krise der öffentlichen Finanzen

Krisen bieten oft Gelegenheit zur Entstehung neuer Paradigmen. Ist dies bei der Pandemie 2020 der Fall? Werden wir aufgrund der Krise Zeugen einer Neudefinition bestimmter Begriffe der öffentlichen Finanzen? Erhält der Investitionsbegriff wieder eine stärkere rechtlich Relevanz? Wird die Staatsverschuldung wieder salonfähig? Werden Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen neu legitimiert? Auch hier soll der Austausch der französischen und deutschen Ansichten ein umfassenderes Verständnis der Debatten über die traditionellen Haushaltsgrundsätze und die wirtschaftliche Souveränität sowie über die Möglichkeit der europäischen Finanzhoheit vermitteln.